





## Der Kampf um die Reichsbank.

### Helfferichs „Verdienste“ um die Währung.

Die Sitzung des Reichsrats, in der zu der Wiederbefugung der Stelle des Reichsbankpräsidenten Stellung genommen werden soll, findet heute Dienstag nachmittag 5 Uhr statt. Aus diesem Anlaß unternimmt die deutschnationale Presse noch einen letzten Vorstoß für Helfferich, dessen „Verdienste“ um die Währung über den Schellenhaus gelobt werden.

Wie steht es nun mit den Verdiensten des Herrn Helfferich? Helfferich hat nicht die Rentenmark, sondern eine Roggenmark vorge schlagen. Er wollte den abstrusen Versuch machen, ein industriell so hoch entwickeltes, auf den Außenhandel und den ausländischen Kredit angewiesenes Reich, wie das deutsche, völlig von der auf Gold gegründeten Weltwährung loszulösen. Seine Roggenwahrung wäre ein hin und her schwankendes Geld gewesen, abhängig nicht nur von der ausgegebenen Menge, sondern auch veränderlich mit jeder Wanderung des Roggenpreises. Wenn statt dessen an der Goldbasis für die Währung, damit aber auch für die gesamte Wirtschaft festgehalten wurde, so ist das gegen den Willen Helfferichs auf den Rat Hulferding geschehen.

Das einzige Verdienst Helfferichs, der mit seinem Projekt das von ihm gegangelte Ministerium Cuno zu erhalten trachtete, bestand darin, daß er die alte sozialdemokratische Forderung, die Erfassung der Sachwerte, für den Wahrungszweck in einem ganz geringen Umfange akzeptierte. Dabei muß aber sofort gesagt werden, daß diese Belastung wahrscheinlich nie zur Wirklichkeit werden wird. Denn die Rentenbank macht durch ihre Kreditgewährung an das Reich und an die Wirtschaft ein risikoloses und fast kostenloses Geschäft, dessen Ertrag wahrscheinlich weit höher sein wird, als die Verzinsung ihrer Pfandbriefe je erfordern wird. Trotzdem verlangte Herr Helfferich noch weitere außerordentlich bedeutende Zugeständnisse für die von ihm vertretenen Interessenten. Er verlangte einmal die völlige Auslieferung der gesamten Währungspolitik an die von ihm vorgeschlagene Roggenrentenbank. Diese Bank sollte von den „Wirtschaftsstanden“ errichtet werden und als Vertreter dieser Wirtschaftsstande sollten im wesentlichen der Landbund und der Reichsverband der Industrie gelten. Eines der wichtigsten Hoheitsrechte des Reiches sollte also kostenlos dem Agrarier und der Schwerindustrie ausgeliefert werden!

Damit war Herr Helfferich noch nicht zufrieden. Er verlangte für die 300 Millionen Roggenmark, die die Roggenbank dem Reich zur Verfügung stellen sollte, die Aufhebung der im August beschlossenen, auf Gold gestellten Besitzsteuern, der Landabgabe und der Betriebssteuer. Das Reich sollte also gleichzeitig um ein wichtiges Hoheitsrecht und um die einzigen wichtigen Besitzsteuern gebracht werden! Her Helfferich und acht deutschnational! Weil Hulferding diese „amose Art von Sanierung ablehnte, deshalb die fortgesetzten Angriffe der rechtstehenden Kreise gegen ihn. Und wenn die „Kreuzzeitung“ meint, daß der Wahrungsplan durch Schuld von Schacht und Hulferding verzögert worden wäre, so ist das ein recht Schwindel. Denn auch die „Kreuzzeitung“ könnte endlich einsehen, daß jede Währung nur dann wertbeständig erhalten bleiben kann, wenn das Defizit im öffentlichen Haushalt beseitigt wird. Das war nicht möglich, solange die Riesenkosten das passive Widerstandes und dann die ungeheuren Kosten seiner Liquidierung fortbauerten. Hätte man damals diese oder eine andere Art der Währungsreform versucht, so wäre diese Währung längst zusammengebrochen. Die verzweifeltsten Maßnahmen, die heute die Regierung auf Kosten der Arbeiter und Beamten ergreift, um die Ausgaben zu verringern, sind im wesentlichen die Folge davon, daß man entgegen der sozialdemokratischen Steuerpolitik jede rechtzeitige Sanierung der Finanzen vor der Einführung wertbestandigen Geldes vermieden hatte. Der Hauptschuldige

aber an dem Verfall der Finanzen ist niemand anderes als Helfferich, die große Autorität und der Führer des Blocks der bürgerlichen Steuerverweigerer.

## Die Steuernotverordnungen.

Das Reichskabinett erörterte in seiner gestrigen Sitzung die Grundlagen der 3. Steuernotverordnung. Die steuerlichen Vorschläge des Reichsfinanzministers wurden unter Vorbehalt der endgültigen Formulierung grundsätzlich gebilligt. Ueber die Einzelheiten der Aufwertungsfrage wurde ein Beschluß noch nicht gefaßt. Verordnungen über die Verpflichtung der Aufstellung von Goldbilanzen und über die Verlängerung von Bilanzfristen wurden genehmigt.

## Steuerabzug und Funfzehnerauschu.

Der Funfzehnerauschu des Reichstags legte am Montag bei der Beratung der zweiten Steuernotverordnung der Regierung nahe, bei den vorgezeichneten Abzügen der Steuer vom Arbeitslohn die Ermäßigung für die zur Gaudhaltung des Arbeitnehmers zählenden Familienangehörigen auf Kinder bis zu 18 statt nur bis zu 17 Jahren auszuweiten. Weiter empfahl der Auschu der Regierung, den Steuerabzug vom Arbeitslohn im Interesse der Vereinfachung und Vereinfachung der Steuererhebung in der Weise umzugestalten, daß der Abzug von der Gesamtsumme der von den einzelnen Arbeitgebern gezahlten Löhne und Gehälter erhoben wird, statt nach individueller Verrechnung.

## Aus der Ordnungszelle.

München, 17. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Hinter verschlossenen Türen wurde in den vorigen Wochen gegen eine bekannte Münchener Persönlichkeit, den Amtsgerichtsprasidenten und Oberlandesgerichtsrat Ries, ein Disziplinarverfahren durchgeführt, weil er beschuldigt war, als Organisator und Vorsitzender einer Reihe von karitativen Vereinen Lebensmittel und andere Bedarfsartikel, die für die Hilfsbedürftigen gespendet waren, für sich verwendet zu haben. Die Unterschlagungen, die eine respektable Menge von Waren umfassen sollen, gehen auf Jahre zurück. Der Oberstaatsanwalt Kull, der die Klage vertrat, beantragte Dienstentlassung, während das Disziplinargericht aber nur auf einen Berufsverlust erkannte. Der Oberstaatsanwalt hat Berufung eingelegt. Wie es heißt, soll Ries im Laufe des Monats verhaftet worden sein; eine Befatigung dieser Nachricht war jedoch bisher nicht zu erlangen. Ries spielte in der Münchener Gesellschaft eine markante Rolle und war auch ein benutzter Vertrauensmann des Erzbischofs und Kardinals Faulhaber; auch sonst wurde er vielfach als eine hervorragende Stütze der Ordnungszelle angesehen und u. a. einmal als Kandidat für das Amt des Justizministers genannt.

## Der Düsseldorfer Prozeß.

### Verlesung der Anklageschrift.

Düsseldorf, 17. Dezember. (M.B.) Die Verhandlungen gegen die Angehörigen der Schutzpolizei aus Anlaß der Vorgänge bei der Kundgebung der Separatisten am 30. September haben heute vor dem französischen Kriegsgericht begonnen. Angeklagt sind im ganzen 40 Personen, von denen die meisten im französischen Gefängnis in Verdorf sitzen. Die Anklage richtet sich gegen den ausgewiesenen Regierungspräsidenten Dr. Gruhner, 9 Offiziere der Schutzpolizei: Major Engel, die Hauptleute Winkelmann, Bohlack, Pessler und Bager, die Oberleutnants Bohl, Bodenstein und Hübner, den Leutnant Bogt sowie gegen 24 Schupobeamte. Mitangeklagt sind ferner drei Angehörige der städtischen Polizei, und zwar der Polizeinspektor Höffner, Polizeinotar Ener und Schuchmann Krieg sowie Stadtschreiber Neuterdien, Artist Königs und Schlosser Engel.

Nach Feststellung der Personalien der Angeklagten werden die Zeugen aufgerufen. Es sind über 60 Zeugen geblieben, von denen 8 nicht erschienen sind. Unter den von den Verteidigern geladenen Zeugen befindet sich der Separatistenfuhrer Matthes. Die Zeugenvernehmung wird voraussichtlich morgen nachmittag 5 Uhr beginnen.

Der Berichtsschreiber verliest dann die sehr umfangreiche Anklageschrift, die behauptet, daß die Zusammenstöße am 30. September nur auf das Verhalten der Schutzpolizei zurückzuführen seien, daß die demonstrierenden Separatisten sich völlig ruhig verhalten hätten und erst durch das Erscheinen zweier Polizeibeamten, die sich von der Kaserne in der Ruhlenstrae nach dem Cornaciusplatz begaben und dabei die Demonstranten gereizt hätten, beunruhigt worden seien. Die Festnahme dieser beiden Polizisten sei in völlig ubertreibender Weise, verbunden mit falschen Berichten über die aggressive Absicht der Demonstranten, in dem Quartier der Schupo verbreitet und dadurch das Signal zum Losgehen gegeben worden. Damit hätten sämtliche Beteiligte sich gegen die Befehle der Besatzungsarmee vergangen, wonach ausdrücklich das Ausrücken der Schupo an diesem Tage von der Eraubnis des städtischen Polizeidirektors Dr. Haas abhängig gemacht worden sei. Dieser sei überhaupt nicht gefragt worden. Bei den darauf sich am Hindenburgwall abspielenden Kämpfen sei von zwei der Schutzpolizei Angehörigen absichtlich in die Menge geschossen und dadurch verschiedene Personen verletzt worden. Außerdem seien bei dem Abtransport und bei der Vernehmung der von der Schutzpolizei gemachten Gefangenen Mißhandlungen vorgekommen. Es seien ferner bei den später angefestigten polizeilichen Ermittlungen wissentlich falsche Aussagen über die Beteiligung der französischen Soldaten an den Vorgängen gemacht worden. Daher seien auf Grund des französischen Straengesetzes, und der Verordnungen der Besatzungsbehörden Anklagen erhoben worden, und zwar gegen den ausgewiesenen Regierungspräsidenten Gruhner wegen Beihilfe zum Totschlag, da er durch einen Brief an die Stadterwaltung Düsseldorf die Unterbrechung der Manifestationen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln angeordnet habe. Wegen Beihilfe zum Totschlag sind angeklagt Polizeihauptmann Bager und Oberleutnant Bodenstein, wegen vollendeten Totschlags die Hauptleute Bohlack und Pessler, die Oberleutnants Bohl und Hübner und die Schutzpolizeibeamten Willeke, Hübner, Brune, Boker, Altmacher, Hartmann, Kettler, Hübner, Schünemann, Schabacker, Richter und Berger. Die übrigen Angeklagten sind wegen Mißhandlung von Gefangenen, wegen Störung der öffentlichen Ordnung und wegen wissentlich falscher Anschuldigung angeklagt.

Nach Verlesung der Anklageschrift, die rund 4 Stunden dauerte, trat eine kurze Pause ein, nach der die Vernehmung der Angeklagten begann. Die Verteidigung

besteht die Zuständigkeit des französischen Kriegsgerichts, wobei Rechtsanwält Bräutigam ausführte, es handle sich bei dem Gebiet, auf dem die französische Besatzungsarmee weilt, nicht um feindliches Gebiet, denn die Besetzung Düsseldorfs sei seinerzeit als Sanktion erfolgt. Zudem seien die Vorgänge vom 30. September an sich nicht der Kundgebung der Separatisten und der Eingriff der deutschen Schupo eine rein deutsche Angelegenheit. Es handle sich also keinesfalls um einen beabsichtigten Angriff gegen Mitglieder der französischen Besatzungsarmee, und wenn wirklich die angeklagten Polizeioffiziere einen Befehl des Dr. Haas, dem die Polizei unterstellt war, nicht befolgt hätten, so handle es sich hier nicht um einen von der Besatzungsarmee gegebenen Befehl, sondern um den Befehl eines deutschen Vorgesetzten, also um eine rein deutsche Disziplinarangelegenheit. Wenn bei den Vorgängen in der Menge befindliche französische Personen verletzt worden seien, so sei das durch reinen Zufall durch verirrte Kugeln geschehen, keinesfalls aber von den Schupobeamten beabsichtigt worden. Den Schupobeamten war bekannt, daß am 30. September sämtliche französische Truppen konsigniert waren, die Schupobeamten hätten deshalb gar nicht auf den Gedanken kommen können, daß sich französische Militärpersonen unter der Menge befinden. Wenn also in der Anklage von absichtlichen Angriffen gegen die Mitglieder der Besatzungsarmee gesprochen werde, so sei dies unzutreffend. Handle es sich aber vielleicht um ein französisches Interesse? Um welches? Vielleicht um die Separatisten zu schuhren? Das könne doch wohl nicht der Fall sein. Die französische Besatzungsarmee habe bei der Besetzung Düsseldorfs ausdrücklich die deutsche Gerichtsbarkeit in ihren Funktionen bestehen lassen. Das deutsche Volk erwarte von dem Gerichtshof, der im Namen des französischen Volkes spreche, die

## Das dramatische Moment.

Von Hans Besemann.

Im Varieté sitzen die Leute und lassen sich für ihr Geld einen amüsanten Abend machen. Und es wird ihnen auch genügend serviert. Dressierte Tiger, die der Bändiger mit magnetischen Stöben und sabelhaften Beestweits in Freiheit dressiert vorführt, radfahrende Kiefern Damen, ein musikalischer Cawn, der auf dem Hofenboden „Ave Maria“ spielt, Kraftmenschen, die mit ihrem Gebirg ein Trapez halten, auf dem sich eine ganze Artistenfamilie entfallt, Harold Lloyd mit der Brille und Anzeigen „Sind's die Augen, geh zu Kamppe“, dazwischen angenehm duftende Musik, die einen Schnellrichter begleitet, vor dessen genialischer Sprachneubildung selbst Kasimir Danksmid und Sternhelm erleiden müssen.

Das Publikum ist dankbar, aber schon ein wenig schläfrig, wie noch zu vielen guten und fetten Essen und läst seine Gedanken wieder um seine Privatangelegenheiten freifen. Der korrekt angezogene Herr denkt an seinen Anlaß auf die Reichsbank und ob sein neuer Kuitrog auf 10 000 000 tibetanische Goldmarken schon perfekt geworden ist, seinem Nachbar fällt peinlicherweise der Entbehrungsfaktor und die noch ferne nächste Gehaltszahlung ein, und die in prachtvoll mitternächtliche gehüllte Dame, deren Ernährungszustand eine Aufreizung zum Klaffen des Mundes, steht mit gütlichem Bacheln einen Schub Prasinen nach dem andern in den duftigen Mund.

Eine neue Nummer beginnt. Ein wohlgeheiter junger Mann erscheint auf der Bühne. Er stellt einen Tisch, auf diesen noch einen, und so baut er lustig weiter, bis zur Höhe eines zwelfstockigen herrschaftlichen Hauses. Das Publikum wird allmählich aufmerksam und folgt diesem modernen Turmbau von Babel mit anerkennendem Gemurme, das in ein belkemmendes Ach endet, als der junge Herr in der Mitte seines Gerüstes einen Tisch mit drei Beinen anbringt, auf dessen kippeliger Grundlage sich nun der Turm erhebt. Als er, der junge Herr nanlich, mit dem Kopf fast an die Decke stößt, bekommt er einen zweibeinigen Stuhl zugeworfen, den er nun als Krone und Abschluß des Ganzen auf dem obersten Tische anbringt. Dann stellt er diesen wackeligen Ruhefl dort nieder und macht Anlat, sich auch drauf zu setzen.

Das Publikum ist ganz still und beschaut mit angenehmem Grinsen den kühnen Knaben. Es läst sich in seinen Polsterfedern zwar recht geborgen und stellt entsprechende Vergleiche mit dem da oben an, aber man kann nie wissen, wenn er nun fällt, vielleicht direkt ins Publikum herein und dem Herrn mit dem Entbehrungsfaktor auf den Kopf, oder wenn er sich das Genick bricht, oder wenn ein anderer, noch interessanterer Fall eintrufe — man sieht, denkt und hat eine unwillkürliche Angst für und mit dem netten jungen Herrn, der jetzt nach einigen Probieren sich auf dem Stuhl niederlast und Arme und Beine freischwebend hält. Da schwankt leise der Turm, der Stuhl wackelt. „Er fällt!“ kreischt es, und der dicke Dame

bleibt vor Entsetzen die Praline im Halse stecken. Einen Augenblick furchtbare Angst, verzerrte Gesichter, hände, die gehoben werden, als könnten sie den da oben festhalten, ein Sichfesthalten am Sitz, als könnte dieses Fahnen des eigenen Fest- und Sicherstehens dem da oben helfen, und dieser eine starke Massenmensch: er soll nicht fallen, stärker aber eine unerträglich gespannte Erwartung auf irgend etwas, das nun gleich passieren muß und dem niemand entkommen kann.

Ueber schon steht der junge Mann wieder auf seinem Tische und macht seine angelegte Artistenbewegung zu den Beuten herunter. Er ist ganz ruhig und freut sich, daß sein alter Trick, die Beute durch absichtliches Schauen zu erschrecken, wieder geglückt ist.

Dann aber entlädt sich die Erregung in einem wütenden unaufhörlichen Beifall, und selbst die Dame mit dem Pralinen vergißt für volle drei Minuten das Essen, so sehr ist ihr Fetthertz ergriffen und auch sonst noch gerührt, ehrlich ungerührt.

Unsere jungen hoffnungsvollen und älteren hoffnungslosen Dramatiker aber stellen doch etwas mehr ins Varieté gehen, sie könnten hier lernen, wie man dem lieben Publikum ans Herz greift. — Allerdings das Balancieren auf einem dreibeinigen Tische ist nicht jedermanns Sache.

„Maria Magdalena“ im Schiller-Theater. Ist Hebbels Trauerspiel aus einer nunmehr versunkenen Kleinburgerwelt mit ihren starren Ehr- und Moralvorurteilen noch lebendig? Hat der Dichter ihm, wenn wir auch diese Welt nicht mehr verstehen, den ewigkeitszug verliehen, der unsere innere Anteilnahme noch fährt? Die Antwort pendelt zwischen den Bejahern, die „Maria Magdalena“ als zweite deutsche Bürgertugend die gleich hinter Schillers „Kabale und Liebe“ einrangieren, und den Verneinern, die sie als unnatürlich und unnatürlich ablehnen, hin und her. Halten wir uns an die Buhnenpraxis und sehen wir zu, was Leopold Jessner als Regisseur in dem ihm anvertrauten zweiten staatlichen Schauspielhause daraus gemacht hat. Jessner hat dem Drama einen heißen Atem eingehaucht: in knapp zwei Stunden rollt es sich ab. Die Geschlossenheit und Folgerichtigkeit, auf die der sonst reflektierende Hebbel stolz war, kommt so zu ganz starker Wirkung. Die Kürzungen haben der Gedrungenheit gedient, und nur einige Stellen vermischen wir, die Karas „Schuld“ schärfer hervortreten lassen. In der szenischen Verwirklichung ging Jessner eigene Wege. Das Zimmer des Tischlermeisters ist Werkstatt und Wohnstube zugleich und befindet sich auf der Diele. Wenn die große Tür geöffnet ist, steht man den laichen Baum und den Friedhof als beziehungsreichen Hintergrund. Aber ist um der szenischen Wirkung willen nicht zweifellos zusammengestellt? Vom Zimmer der Camille Bonhard sieht man nur ein kleines Stück, oder daneben dehnt sich eine lange, kalte Korridorwand, auf der sich die Silhouette Karas unheimlich abhebt.

Die Grundstimmung: das Düstere, Gebundene, Unfreie, Unstrophe beherrscht die ganze Darstellung. Schwer, trogig, in seiner Verantheit imponierend war Robert Laube, in jeder Weise und in seinem Gesamtbildnis ein vollendeter Meister Anton, dem unter der Joghaut auch die wärmeren Unterleben nicht schlen. Karas war Gerda Müller, ein sehr interessantes Experiment. Das absolute

Gegenteil zur Hofflich, die ganz innerlich und nordisch die Gestalt verkörperte. Die Müller ist viel expansiver, nervosier, sie riecht den großen Schrei (heirate mich), traut am Boden, streift hart das Pathologische und hysterische. Sie ist schmal, dunkel, eher klamisch als bithmarisch. So ubersagt sie nicht immer, aber sie festelt und bonnt immer, auch wo sie nicht ergrift. Die Mutter — Ein Wagner — zu fein und vornehm für diese enge Welt. Twardowsky, sehr apart in der Waste, ganz Schleicher und kalter Rechner, gab dem Leonhard ein eigenartiges Gepräge. — Lauter Beifall rief die Darsteller und Jessner — ein wohlbedachter Dank für einen spannungsvollen Abend.

Der Männerchor „Harmonie“ gab am Sonntag in der stadtlichen Hochschule für Musik anläßlich seines fünften Stiftungsfestes ein Winterkonzert. Die Darbietungen zeigten von guter Arbeit und erstem Streben des circa 90 Mann starken Chors. Zu befechtigen wäre das Atmen an falscher Stelle, wie zwischen seine — Sterne, meine — Liebe, teuren — Lo — ten usw. Der Vortrag „Am Heimweg“ von Richard Trunk war zu stark; aus dieser Komposition läst sich bedeutend mehr herausheben. Daß der Chor dies kann, bewies die stimmungsvolle Wiedergabe von „So weit“ von Engelsberg. Durch schärfer ausgeprägten Rhythmus hätte Hegars „Morgen im Walde“ packender gewirkt. Gut gelungen war „Waldbesnacht“ von Uthmann. Klaviervortrage von Julius Dahlke, Wolskoff von Frau Osann bereicherten das gutgewahlte Programm. —

Im Deutschen Theater ist die Uraufführung von Grabbes „Scherz, Satire, Ironie und tiefere Bedeutung“ auf Sonnabend geplant.

Der ungarische Liederkomponist Pantrassio Aschon ist 60 Jahre alt an Herzleiden gestorben.

Die Oper am Königsplatz wird nunmehr der Staatsoper angegliedert und am ersten Weihnachtsfesttag mit Richard Wagners „Die Walkur“ von Bayreuth eröffnet. Die aus der Rot entpringenden Schwierigkeiten haben den Bau des Hauses so hinauszogert, daß schließlich zwar die Inbetriebnahme sich noch für die Feiertage ermöglichen ließ, für die geplante völlige Neuinventurierung der „Walkur“ aber keine ausreichende Möglichkeit zu Troben sich ergab. Diese muß daher einer späteren Zeit vorbehalten bleiben und kann sich bei der Eroffnungsoberstellung nur auf die Restlosigkeit erstrecken. Den Haupt Sach mit Kammerlanger Karl Braun liegen, die Goe Emma Düsseldorf, Stolzing Rich Sool, Bedmeier Eduard Kobig, Vogner Otto Gelsers, Dirigent: Generalmusikdirektor Erich Kleiber. Am zweiten Weihnachtsfesttag werden dann mit Mozart's „Jauberlufe“, die an mehreren Abenden wiederholt wird, die regelmäßigen Aufführungen beginnen.

Die Vereinigten Deutschen Prüfungsausschüsse für Jugendkristen in Hamburg haben ihr Verzeichnis empfehlenswerter Jugendkristen wieder herausgegeben, das zum Grundpreis von 0,20 M. vom Norddeutschen Zentralkomitee in Bremen, Salzbruckstrae 14, zu beziehen ist. Das Reichsministerium des Innern hat das Verzeichnis den Unterrichtsverwaltungen der Länder und den führenden Volkshilfsvereinigungen empfohlen und gebeten, seine Bekanntgabe bei allen an der Jugendbildung beteiligten Personen sowie bei der Jugend selbst nach Möglichkeit zu fördern.

Deutsche Gelehrte für Spanien. Die spanische Presse läst die Bildung eines nationalen Fonds unter der Aufsicht eines akademischen Ausschusses vor, zwecks Auswahl deutscher Gelehrter, die in Spanien wissenschaftlichen Forschungen obliegen müssen unter der Bedingung, daß sie die Ausbildung spanischer Studierender leisten.



Antwort, ob seine Souveränität, in deren Namen die deutsche Gerichtsbarkeit spreche, hier noch weiter bestrehe.

In der Nachmittagsitzung wurde zunächst wieder die Frage der Zuständigkeit der französischen Gerichte erörtert. Die Verteidigung hob hervor, daß nach einem Befehl des Generals Degoutte die Franzosen sich nicht in Streitigkeiten zwischen Deutschen mischen sollten. Hier habe es sich doch zum Teil um Schlägereien zwischen Deutschen gehandelt. Auch hinsichtlich der Schutzbewachen könne nicht davon gesprochen werden, daß sie die französischen Befehle nicht befolgt hätten. Die französische Armee könne an den Stützpunkten am 30. September nur insofern interessiert sein, als dabei französische Soldaten verwundet wurden. Dabei hätte aber untersucht werden müssen,

wer diese Soldaten verletzt hat,

und nur diese Täter hätten von dem Kriegsgericht zur Verantwortung gezogen werden können. Alle anderen Angeklagten hätten sich nur vor einem deutschen Gericht zu verantworten. Die Anklageverretter betonte demgegenüber, daß, nachdem dem Beigeordneten Hoas, dem Chef der Polizei, von der Befehlsgewalt der Polizeibefugnisse übertragen waren, hier wirklich eine Nichtbefolgung französischer Befehle in Frage komme. Der Anklageverretter erklärte weiter, daß nach der Konvention der Haager Landkriegsordnung vom 18. Oktober 1907 die Staatsgewalt in einem okkupierten Staate aus den Händen des okkupierten Staates in die Hände des okkupierenden Staates übergehe.

Die Verteidigung protestierte im Namen der deutschen Justiz gegen die Ausführungen des Anklageverretters, der darauf hingewiesen habe, daß auch in Beirut und in Damaskus die beschriebenen Mächte sich in Streitigkeiten der Eingeborenen gemischt hätten. Nach kurzer Beratung erklärte sich der Gerichtshof für zuständig. Abends begann die Vernehmung der Angeklagten.

## Sächsische Krise.

Dresden, 17. Dezember, abends 9 Uhr. (Eigener Drahtbericht.) Die Bildung einer neuen Regierung ist bisher nicht im geringsten fortgeschritten. Allen Anschein nach dürfte die Krise ein vorläufiges Ende durch Neuwahlen zum Landtag finden. In diesem Falle würde die Regierung Feilich als Geschäftsministerium im Amt bleiben.

## Landtagschluss.

Präsident Leinert eröffnete die gestrige Sitzung des Landtags mit einem von den Abgeordneten stehend angehörten Nachruf für den verstorbenen Abg. Dr. v. Krause (D. Vp.). Abg. Herold (S.), als Senior des Landtags, begründete dann im Namen des Hauses den Präsidenten Leinert zu seinem fünfzigsten Geburtstag.

Die Richtlinien zur Aufstellung von Lehrplänen für die oberen Jahrgänge der Volksschule werden an den Unterrichtsausschuss zurückverwiesen.

Bei der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs über die Verteilung von Steinkohlenfeldern an den Staat beantragte Abg. Sobotta (Komm.) die Beratung kommunistischer Entwürfe zur Erwerbslosenfürsorge und gegen die Massenverhaftung kommunistischer Erwerbslosen. Die Beratung dieser Anträge wird abgelehnt. Die Vorlage wird angenommen.

Der Gesetzentwurf über die Verteilung von Braunkohlenfeldern an den Staat wird gleichfalls angenommen.

Der Entwurf eines Ausführungsgesetzes zum Reichsheimstättenengesetz wird nach Ablehnung eines deutschnationalen Änderungsantrages in der Ausschussfassung angenommen; ferner ein Gesetzentwurf über Bereitstellung von Staatsmitteln zur beschleunigten Kultivierung privater Heide- und Moorländerien durch den Staat.

Die am Sonnabend durch Beschlussfähigkeit verabschiedete namentliche Schlussabstimmung über das Gemeindeförderungsgesetz wird um 1/6 Uhr wiederholt. Die deutschnationalen und Kommunisten beteiligen sich nicht daran. Die Abstimmung ergibt 178 Stimmen für, 38 gegen das Gesetz. Damit ist die Vorlage angenommen, die bestimmt, daß die

## Neuwahl der Gemeindevertretungen

bis zum 4. Mai 1924 stattfinden muß.

In der Fortsetzung der politischen Aussprache wendet sich Abg. Dr. Meyer (Komm.) gegen die letzte Rede des Ministers Georing. Der Vergleich mit der russischen Hungersnot sei schief, denn in Russland habe das Volk zwar gehungert, aber nicht bei vollen Scheitern. Der Redner bringt dann Beschwerden vor über die Ueberführung der kommunistischen Schulhäftlinge nach dem Munsterlager und Senneberger und über die schlechte Verpflegung und Behandlung der Inhaftierten in diesen Lagern.

Die Polizei und die Reichswehr hätten bei der Beschleunigung in kommunistischen Buchhandlungen viele Bücher bürgerlicher Schriftsteller beschlagnahmt und es sei mit diesen Schabenerfahrungsprojekten zu rechnen. Die faschistischen Organisationen haben sich wiederholt an die Kommunisten mit dem Angebot gewandt, zunächst gemeinsam mit ihnen den Kampf gegen die Entente zu führen. Darauf wurde ihnen geantwortet, daß dieser Kampf nur auf dem Boden des Kommunismus zu führen ist. General v. Seeck möchte zwar die deutschen Kommunisten niederlegen, aber gleichzeitig mit Sowjetrußland ein militärisches Bündnis machen. Er täuscht sich darin, denn Sowjetrußland wird niemals an seiner Seite kämpfen. Die kommunistische Propaganda zum bewaffneten Kampf gegen die Militärdiktatur hat durch das Verbot nur gewonnen. Die Sozialdemokratie wird darum nicht mehr ernst genommen, weil sie ihre wirkliche Macht niemals einsetzt und niemals die Waffe ihrer Anhänger aufruft.

Hierauf wird ein Antrag auf Schluss der Debatte angenommen. Die Abstimmung über die kommunistischen Anträge ergibt deren Ablehnung bis auf einen über die Unruhen in Mitteldeutschland, für den auch die Sozialdemokraten stimmen.

Um 1/9 Uhr abends verläßt sich der Landtag bis zum 29. Januar 1924, 3 Uhr nachmittags. Präsident Leinert entläßt die Abgeordneten mit dem Wunsch, das neue Jahr möge Brechen und Deutschland, vor allem aber der gequälten Bevölkerung an Ruhr und Rhein eine bessere, freiere Zukunft bringen.

## Beamtenabbau und Kirche.

Reich und Länder sind dabei, noch vor Jahreschluss, sozusagen als Weihnachtsbescherung, einen Beamtenabbau durchzuführen, der allgemein als ungeheure Härte empfunden wird. Dieser Abbau macht keinen Halt vor den staatlichen Einrichtungen, die im Interesse der Befundung des Volkes, der Erziehung des Nachwuchses, der Behauptung unserer allgemeinen deutschen Kultur, unbedingt nicht abgebaut werden dürfen, er verschont nicht die Schulen und sonstigen Bildungstätten, er greift ein in die sozialen Fürsorgeeinrichtungen, die heutzutage dringender nötig sind denn je. Der Abbau in dieser Schroffheit, wie er gehandhabt wird, müdet um so eigentümlicher an, wenn man erfährt, daß eine Kategorie mittlerer Staatsbeamter nicht abgebaut wird: die Pfarrer und Pastoren. Dabei belasten diese nach dem Stand der heutigen Gesetzgebung z. B. die Finanzen des Staates Preußen mit rund 90 Proz. ihrer Bezüge, während sie früher nur mit 27 Proz. der Staatskasse zur Last fielen. Diese verstärkte Belastung des verarmten Staates hat sich nicht zuletzt dadurch ergeben, daß die Kreise, die die Kirche beanspruchen, an der Spitze vor allem die Bauern, nicht im entferntesten daran denken, für ihren „Seelsorger“ ein materielles Opfer

zu bringen. Welches sind aber dann die Gründe für den Staat, nahezu die gesamte Last für die Geistlichkeit in dieser trostlosen Finanzlage sich aufzubürden und hier nicht abzubauen?

## Protest gegen die Reichsmietsteuer.

Die fünf Gewerkschaftsbünde und der Deutsche Mieterbund haben gegen die geplante Reichsmietsteuer gemeinsam bei der Reichsregierung durch Uebermittlung nachstehender Erklärung Protest erhoben:

„Die unterzeichneten Verbände haben Kenntnis davon erhalten, daß die Reichsregierung die Neuordnung der Mietzinsbildung in einem Sinne verfolgt, der für die von Lohn und Gehalt lebenden Volksschichten untragbar ist. Sie sehen sich darum genötigt, die Reichsregierung nochmals und in letzter Stunde davor zu warnen, ihre am 27. Oktober d. J. überreichten Vorschläge über die Neuordnung der Wohnungswirtschaft unberücksichtigt zu lassen. Insbesondere weisen sie darauf hin, daß sie nicht imstande sind, die Reichsregierung in der Durchführung der geplanten Mietsteuer zu unterstützen, wenn nicht folgende Forderungen bei der Neuordnung Berücksichtigung finden:

1. Das reichsgesetzliche Höchstrecht für die Neuordnung der Wohnungswirtschaft muß auch weiterhin aufrechterhalten bleiben.

2. Die Aufwertung der gegenwärtigen Mieten darf nur nach Maßgabe der Steigerung der Kaufkraft der Löhne und Gehälter erfolgen und hat auf den heute nicht übersehbar Stand der Wirtschaft Rücksicht zu nehmen.

3. Nach Abdeckung der Kosten für eine ordnungsmäßige Bewirtschaftung der Wohnungen ist jeder Mietmehrertrag der privaten Bereicherung zu entziehen und zugunsten der Unterstützung leistungsschwacher Mieter und der Wohnungsbauwirtschaft in die öffentliche Hand zu überführen.

4. Das Reichsmietengesetz bleibt aufrechterhalten, unbeschadet einer vereinfachten und einheitlichen Durchführung durch die Länder.

5. Zur Linderung der Wohnungsnot muß aus der Wohnungswirtschaft selbst scheinungstun eine ausreichende gemeinwirtschaftliche Kapitalquelle erschlossen werden.

Schärfsten Einspruch muß die Absicht des Reichsfinanzministeriums hervorgerufen, die Mieten zu einer Einnahmequelle für allgemeine Finanzbedürfnisse des Reiches, der Länder und Gemeinden zu machen. Abgesehen davon, daß wir einen solchen Steuerweg für unsozial halten, erscheinen uns die wirtschaftlichen Verhältnisse breiterer Volksschichten derart, daß die beabsichtigte Belastung ihnen nicht zugemutet werden kann. Hinzukommt, daß bei der Beschreibung des von der Regierung vorgezeichneten Weges eine Beteiligung der allgemeinen wirtschaftlichen und sozialen Gründen nötigen Bau-tätigkeit nicht zu erwarten steht. Durch das Daniederliegen der Bau-tätigkeit drohen nicht nur der Wirtschaft, sondern auch dem Staate, besonders im Hinblick auf die dadurch bedingte Arbeitslosigkeit, größte Schäden.

Zusammenfassend erklären die unterzeichneten Verbände, daß sie die bisher laut gewordenen Absichten der Reichsregierung nicht billigen können; sie müssen diese vielmehr im Interesse der von ihnen vertretenen Volksschichten aufs schärfste bekämpfen.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.  
Deutscher Gewerkschaftsbund.  
Allgemeiner freier Angestelltenbund.  
Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter, Angestellten- und Beamtenverbände.  
Allgemeiner Deutscher Beamtenbund. Deutscher Mieterbund.

## Die polnische Regierungskrise.

Warschau, 17. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Angesichts der Schwierigkeiten, die die Witospartei der Bildung eines Kabinetts durch Thugutt bereite, erklärte dieser, daß er seine Mission als beendet betrachte. In der Beratung der Oppositionsparteien wurde angesetzt dessen beschlossenen, dem Staatspräsidenten vorzuschlagen, dem zweiten Führer der rabiaten Volkspartei Dombosi die Bildung eines außerparlamentarischen Kabinetts anzuvertrauen.

Aus Warschau wird uns geschrieben:

Der lang erwartete Rücktritt des polnischen Kabinetts ist erfolgt. Auch die Ausnahme der „großen Kanonen“ Dmowski und Korzanty hat nicht ändern können, daß der unnatürliche Regierungsblock schließlich zerfiel, und zwar gerade über der Frage, aus der der Rest über die Bildung dieser Regierung hervorgegangen war, nämlich in der Frage der Agrarreform. Die Bauernpartei Witos hatte sich ihr Zusammengehen mit dem Rechtsblock im Frühjahr durch die bindende Versicherung der Vorlage eines Parzellierungsgesetzes abtaufen lassen. Für den Rechtsblock, der auch die Großgrundbesitzer in seinen Reihen zählt, war es recht schwer, eine Agrarreform zu entwerfen, die auch nur den Ansprüchen der Witos-Deute, d. h. der mittleren und großen Bauern, entsprechen könnte. Endlich kam im Sommer das Monstrum des „Gesetzes über Ansiedlung und Parzellierung“ heraus. Man hatte zwar mit Geschick versucht, die ganze Last des Gesetzes, unter der in Polen üblichen großzügigen Auparzellierung des Verfallenen Vertrages und des Winderbeitsansehens, auf die nationalen Winderheiten, in erster Linie auf die deutschen Grundbesitzer — die kleinsten Ansiedler eingeschlossen — abzumwälzen, aber trotzdem waren für den „nationalen“ Großgrundbesitz sowie Hinterläufer geschaffen, daß die Bauern dieses Gesetz nicht annehmen konnten. Die linksstehende Bauernpartei Thugutt trat sofort in schärfste Opposition zu diesem Gesetz. In der Witos-Partei gärte es. Schon vor Wochen kam es zur Abspaltung einer Gruppe unter Dombosi, und die Sezession einer weiteren Gruppe unter Bryl hat der Regierungsmehrheit, dem Agrargesetz, dem Kabinett und wohl auch der Witos-Partei den Rest gegeben.

Die natürliche Folge des Kabinettssturzes muß der Versuch sein, ein Kabinett der Linken zu bilden. Ob das gelingt, ist fraglich, da es auf die Unterstützung der Winderheiten angewiesen wäre, die jedem Polen, auch den linken Parteien, wenig sympathisch ist. Gelingt sie nicht, so kommt ein außerparlamentarisches Kabinett in Frage.

Für die innerpolitischen Verhältnisse in Polen ist der Kabinettswechsel von großer Bedeutung, denn er macht einem rückwärtigen Blickregiment der Reaktion zunächst ein Ende. Für Deutschland und das Deutsche in Polen ist dieser Wechsel viel weniger bedeutsam.

## Russisch-türkische Spannung.

Moskau, 16. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Das Volkskommissariat für auswärtige Politik betrachtet die letzten Maßnahmen der türkischen Regierung als Vorbereitung ernstlicher Ereignisse. Im Zusammenhang mit dem Eisenbahnerstreik in der Türkei wurden über 1000 Kommunisten verhaftet. Die Regierung von Angora hat mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen gedroht, falls die kommunistische Agitation in der Türkei fortgesetzt wird. Im Kayser der Stellung Mars werden von den Türken militärische Vorbereitungen getroffen. Die türkische Presse erklärt offen, daß der russische Kommunismus und der tür-

rische Nationalismus unvereinbarliche Gegensätze seien. Die Türkei ergreift Maßnahmen, um im Kaufasus einen Pufferstaat zu bilden, indem sie eine unabhängige islamische Republik der kaukasischen Völker zu errichten sucht. Um einen Krieg zu vermeiden, versucht die Sowjetregierung auf diplomatischem Wege die Türkei zu veranlassen, auf weitere Operationen im Kaufasus zu verzichten.

In dem Steuerhinterziehungsprozeß gegen den deutschnationalen Reichstagsabg. van den Kerthoff ist die Hauptverhandlung vor der Strafkammer des Landgerichts Eibersfeld auf den 16. Januar nächsten Jahres anberaumt worden. Von den Kerthoff ist wegen Siegelbruch und Steuerhinterziehung angeklagt.

# Wirtschaft

## Die Fehler der Währungs- und Finanzpolitik.

Kommerzienrat E. Rabbeitz, der wiederholt als Ministerkandidat genannt worden ist, beschäftigt sich in der „Magdeburgerischen Zeitung“ mit den Fehlern unserer Währungs- und Finanzpolitik der letzten Zeit. Das Urteil dieses bürgerlichen Finanzmannes ist von außerordentlichem Wert, weil es in den meisten Punkten die sozialistische Kritik an der Finanzgebarung des Reiches bestätigt. Der Verfasser zählt folgende Grundfehler auf:

1. Die Schaffung der Rentenbank und Rentenmark hat die Sanierung von Währung und Wirtschaft verhängnisvoll verzögert, weil man einen komplizierten, umständlichen und schlechteren Weg wählte, anstatt den ganz einfachen, natürlichen Weg zu gehen. Die Stabilisierung der Papiermark war binnen wenigen Wochen zu erreichen, wenn durch Benutzung der Goldanleihe als Zahlungsmittel für die Ausgaben des Reiches der Fiat einigermaßen ins Gleichgewicht kam; denn das gewaltige Absinken des Papiermarkwertes war in erster Linie die Folge des Umstandes, daß die Staatsausgaben nur zum kleineren Teil durch Steuern, in der Hauptsache durch Notendruck gedeckt wurden.

Die Rentenmark hat keine andere Grundlage für ihren Wert als etwa die Goldanleihe. Sie basiert auf der Steuerkraft der deutschen Privatindustrie. Man kann die Fundierung auf einfachem Wege vornehmen durch Steuern, wie dies bei der Goldanleihe der Fall ist, oder einen komplizierten Apparat in Gang setzen, wie bei der Rentenmark. Bei der Rentenmark werden sich vielleicht Schwierigkeiten bei der Eintropfung der Hypotheken und Beschaffung der sonstigen Unterpfänder ergeben.

2. Man hat die Goldanleihe zur Zeichnung aufgelegt, anstatt sie zu Zahlungen des Reiches direkt zu verwenden. In letzterem Falle wäre die Goldanleihe mit etwa 100 Proz. verwertet. Man hätte einen Monatsbedarf des Reiches mit etwa 300 Millionen Goldanleihe decken können, selbst in der Zeit, während welcher noch reichlich Gelder nach der Ruhr stießen.

Durch den Weg der Zeichnung hat der Erlös für die Goldanleihe zunächst bei Zeichnung selbst, wie bekannt, eine starke Einbuße erlitten, ferner dadurch, daß die Papiermark, die vereinnahmt wurde, erst auf dem langen Wege über die verschiedenen Klassen zur Verwendung kam, so daß die ca. 300 Millionen Mark Goldanleihe, die zur Zeichnung aufgelegt sind, vielleicht 20 Millionen Mark dem Reich gebracht haben! Kleinere Teile sind unmittelbar zum Getreidekauf verwandt und damit voll verwertet.

Die Stabilisierung der Papiermark hat bis jetzt netto ca. 400 Millionen Goldanleihe und ca. 450 Millionen Rentenmark; sie konnte erreicht werden mit etwa 300 Millionen Goldanleihe.

3. Das technische Verlegen des Druckes der Goldanleihe und später der Rentenmark. Wenn irrenden Bedenken bezüglich der Ausgabe der Goldanleihe bestanden, die erst durch einen gesetzgeberischen Akt beseitigt werden mußten, was tatsächlich der Fall war, so hinderte dieser Umstand die Vorbereitung und den Druck doch nicht.

4. Die Reichsbank ist bis heute noch nicht veranlaßt, ausschließlich Kredite auf Gold, auf Dollarbasis zu geben, man hat es ferner noch nicht durchsetzen können, daß neben den Bankmark-Konten auch Goldanleihe- bzw. Rentenmark-Konten eingeführt wurden. Die Ablehnung wird in der Hauptsache begründet mit der Ueberlastung der Reichsbank! Diese Ueberlastung löst sich in 48 Stunden vollständig durch Einführung zweckmäßiger hoher Gebührens. Sobald die Reichsbank nur noch Goldkredite gibt, hat kein Mensch mehr ein Interesse an dem Bruchfallen der Papiermark. Die Wirtschaft wäre schon seit Monaten spram geworden, wenn sie mit hohen Zinsen rechnen mußte, die nicht durch Marktenwertung ausgeglichen werden konnten. Diese Sparsamkeit ist die erste Voraussetzung zur Wiedergewinnung der Exportfähigkeit!

5. Hängt man jetzt erst an, die Gehälter und Löhne für Staatsbeamte und Arbeiter auf Goldbasis zu berechnen. Man macht dabei im übrigen noch den Fehler, daß man auf Rentenmarkbasis die Rechnung aufstellt, anstatt den allein richtigen Maßstab des amerikanischen Dollars zu wählen.

6. Ist das Steueraufwertungsrecht so kompliziert, daß Einnahmen, die sehr schnell zum Fischen gebracht werden konnten, nicht fließen. Statt des ganzen komplizierten Gesetzes mußte eine einfache Verordnung kommen, daß künstliche Steuern zum Entstehungsorte in Dollar umgerechnet werden und bei weiterer Zahlung mit 1 Proz. pro Monat Goldzinsen besetzt werden. Die Zahlung erfolgt in Papiermark zum Kurse des Vortages der Zahlung.

Dr. Rabbeitz wendet sich dann mit großer Schärfe gegen den Versuch, Löhne und Gehälter auf Rentenmarkbasis festzusetzen. Er verlangt die klare Goldrechnung auf der Grundlage des amerikanischen Dollars. Er erklärt es als nicht angängig, daß man die Löhne jetzt auf 50 Proz. der Vorkriegszeit festsetzen will. Der Mindestlohn müsse bei 70 Proz. liegen, solange die Produktionswirtschaft anhält. „Eine entsprechende Erhöhung der Produktion wird sehr rasch zu erreichen sein, so daß es eine unnötige Härte bedeutet, mit Lohn- und Gehaltslöhnen anzufangen, die der augenblicklichen Produktion entsprechen.“ Das Ziel, das anzustreben sei, sei die Vorkriegsarbeitsleistung, mit ihr die Erreichung der Vorkriegslebenshaltung und der Vorkriegsgehälter und -löhne. Doch die Vorkriegsarbeitsleistung erreicht werden muß, steht fest. Wir möchten jedoch glauben, daß sie durch eine Hungerlohnpolitik bei schematischer und willkürlicher Verlängerung der Arbeitszeit nicht erreicht werden wird. Diese Auffassung wird von Dr. Rabbeitz zu einem wesentlichen Teil, nämlich soweit sie die Löhne betrifft, bestätigt.

Das Urteil des bürgerlichen Wirtschaftspolitikers und Finanzsachmannes über die Reichsfinanzpolitik verdient in jedem Falle zur Abwehr lenzenzischer Erregungen anderer wirtschaftlicher Kreise festgehalten zu werden.

Russische Bauernschaft und Getreideausfuhr. Das russische Landwirtschaftskommissariat hat eine Vorlage ausgearbeitet, die die Beteiligung der russischen Bauernschaft an den aus der Getreideausfuhr erzielten Gewinnen vorsieht. Man hofft, dadurch die Bauernschaft zur Erweiterung der Anbauflächen und Intensivierung der Wirtschaft anzuregen. Nach der Vorlage sollen bis 50 Proz. der von den Getreideeinkaufsorganisationen erzielten Gewinne der Bauernschaft in der Form von nichtrückzahlbaren Unterstützungen für produktive Zwecke sowie in der Form von Prämien zugute kommen. Die Vorlage ist augenblicklich den mitinteressierten Ressorts zur Begutachtung übergeben worden und gelangt dann zur Bestätigung an den Rat für Arbeit und Verteidigung. — Praktisch läuft dieser Vorschlag auf Getreideexportprämien hinaus, wie sie unter dem altpreußischen Agrarregime üblich waren.



# Die Zwangsarbeit der Erwerbslosen.

## Stellungnahme der erwerbslosen Bauarbeiter.

Der § 9 der Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 17. November 1923, der festlegt, daß Erwerbslose verpflichtet sind, bei Notstandsarbeiten drei Tage für die gewählte Unternehmung zu arbeiten, war der Gegenstand lebhafter und erregter Diskussionen, die in einer Versammlung der erwerbslosen Bauarbeiter, einberufen von der Bauergewerkschaft Berlin, vor sich gingen.

Krause führte eingangs seines Referats aus, daß sich jetzt Dinge innerhalb des Bauderufes ereignen, die nicht gutgehen werden können. Ueberall herrscht die Wohnungsnot und das Baugewerbe liegt brach. Deshalb müssen wir unsere alte Forderung, daß Reich und Staat die Pflicht haben, die Bau-tätigkeit wieder zu beleben, aufs neue geltend machen. Hat doch die Bauwirtschaft im Vergleich zum Vorjahre in diesem Jahre noch beträchtlich nachgelassen. Die Reichsbehörden lassen die Staatsbauten ein, während die amtlichen Stellen der Eisenbahnverwaltung ebenfalls dazu übergehen, ihre Stellungen bis zu einem gewissen Prozentsatz einzuschränken. Diese Art von Sparmaßnahmen sind nicht dazu angetan, das schwer darniederliegende Wirtschaftsleben zu heben. Wenn die Reichs- und Staatsbehörden ihre Bauarbeiten einschränken, so hat es den Anschein, als ob man die Bauarbeiter zum Schaden des Reu- und Zehnstundentages müde machen will. Die Organisation wird alles daransetzen, diesen Schachzug zu durchkreuzen. Der Reichsarbeitsminister hat die erwähnte Verordnung des Reichsarbeitsministers und erklärte dazu, daß man sich derartige Maßnahmen nicht gefallen lassen werde. Am übrigen hat sich die Berliner Bauergewerkschaftskommission mit dieser Angelegenheit beschäftigt und den A. D. B. ersucht, beim Reichsarbeitsminister vorzutreten und die Forderung vorzutragen, daß die Bauarbeiter tariflich zu entlohnen sind. Weiter hat die Organisation die notwendigen Schritte bei der Gemeinde, beim Staat und beim Reich unternommen. Wird nicht in Kürze beistehend eingegriffen, so nimmt die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe rasant weiter zu. Sind doch allein in der vorigen Woche ungefähr 5000 Bauarbeiter drohten geworden.

In der Diskussion wurde das Verhalten der Unternehmer und auch die Einstellung des Reiches und des Staates in scharfen Worten geißelt. Starke Entrüstung löste unter den Versammelten die Nachricht aus, daß der Eisenbahnpräsident von Berlin bei Einstellung der Bauarbeiten weit über das vorgeschriebene Maß des Sparministers hinausgegangen sei. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Die am 17. Dezember 1923 im Gewerkschaftshaus togende Versammlung der erwerbslosen Bauarbeiter im Deutschen Bauergewerksbund erhebt entschiedenen Protest gegen die Verfügung der Reichsregierung und die Einstellung der Behörden, betreffs Stilllegung von Bauten. Derartige Sparmaßnahmen, wie Stilllegung von Reichs- und Staatsbauten, sind nicht dazu angetan, die Arbeitslosigkeit und das Wirtschaftsleben zu heben. Die Versammelten fordern, daß von der Regierung und dem Finanzminister schnellstens Mittel bereitgestellt werden, um die stillgelegten Bauten wieder in Ansehung zu nehmen. Des weiteren erheben die Versammelten scharfen Protest gegen die Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 17. November 1923, worin im § 9 zum Ausdruck kommt, daß Erwerbslose bei Notstandsarbeiten drei Tage verpflichtet sind zum Sahe der Erwerbslosenfürsorge zu

arbeiten. Da es sich bei Notstandsarbeiten fast ausschließlich um Bauarbeiten handelt, werden die Bauarbeiter in besonderer Weise betroffen. Sie erblicken in dieser Verordnung einen unverantwortlichen Eingriff in das Tarifrecht. Die Versammelten fordern vom Reichsarbeitsminister schnellstens die Aufhebung dieser Verordnung.

## Der § 9 in der Praxis.

Der § 9 der Verordnung über die Aufbringung der Mittel für die Erwerbslosenfürsorge besagt im Absatz 2:

„Der Verwaltungsausschuß des öffentlichen Arbeitsnachweises hat, soweit die Gelegenheit dazu besteht, die Unterstützung von einer Arbeitsleistung abhängig zu machen. Die Arbeiter dürfen nur gemeinnützigen Charakter tragen.“

Wie wird diese Bestimmung nun ober gehandhabt? Für Berlin war beschlossen worden, daß jeder Erwerbslose zunächst 24 Stunden zu arbeiten habe, und Innenarbeiter von Außenarbeit möglichst verschont bleiben. In erster Linie sollten solche Erwerbslose mit längerer Erwerbslosigkeit herangezogen werden.

Seit dem Streik der Buchdrucker, denen zur Strafe die Unterstützung für vier Wochen entzogen wurde, trotz aller Proteste, werden diese namentlich im Bezirk Kreuzberg besonders bevorzugt. Die Stempelstelle Bärwaldstraße steht an erster Stelle. Obgleich die Angehörigen des graphischen Gewerbes sämtlich Innenarbeiter sind, wurden die Buchdrucker von dieser Stelle zum Schneeschleppen beordert, und zwar in rücksichtsloser Weise. Eine Weigerung: Entziehung der Unterstützung!

Der 63jährige Schriftsetzer Gustav Dittmann, abgesehen tränklich, wurde dazu angewiesen, zog sich eine Lungenentzündung zu und verstarb nach wenigen Tagen. Diese Tatsache ist eine fürchterliche Anklage, die besonders untersucht werden muß, denn die Familie ist ihres Ernährers beraubt. Mit anderen Arbeitslosen wird direkt Schindluder getrieben. Zwei andere Buchdrucker wurden am Sonnabend, den 15. Dezember, zu der Privatfirma Gebr. Heim, Tempelhofer Feld, bestellt, deren Arbeiter kurz vorher entlassen waren. Es sollten Planierungsarbeiten vorgenommen werden. Die Arbeiter wurden zurückgeschickt und nach stundenlangem Herren zum gestrigen Tage wieder bestellt, mit demselben Ergebnis und der weiteren Aufforderung, zu morgen, Mittwoch, wiederum zur Stelle zu sein. Werden diese Tage, die sie vergeblich gemerkt haben, nun als „Arbeitsleistung“ im Sinne des § 9 angesehen oder ist der Arbeitslose verpflichtet, sich als Marionette behandeln zu lassen und einer Willkür Zeit und Geld zu opfern? Seinem eigentlichen Arbeitsnachweis wird er dadurch entzogen.

In einem anderen Falle wurde ein Buchdrucker zum Schippen nach „Breußen“ Sportplatz kommandiert, und zwar von der Stempelstelle Tempelhofer. Sind die genannten Arbeiten für Privatfirmen und Sportvereinigungen gemeinnützig oder sollen die Arbeitslosen als Bohndrücker gebraucht werden? Der § 9 sagt ja etwas nicht. Um Antwort wird gebeten. Im Falle Dittmann fordern wir schnelle Untersuchung. Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer. A. Albrecht.

schlossene Front stehen. Wer im offenen Kampf zum Gegner übergeht, und ihm seine Unterstützung leihet, begeht Verrat an seinen bisherigen Gefinnungsgenossen und scheidet dadurch aus dieser Kampfgenossenschaft aus. Wenn das Verhalten des Genossen Hoffmann Schule macht und wenn weiter Vertreter von gewerkschaftlichen Organisationen dieses Verhalten verteidigen, so wird eine Entwicklung gefördert, die zur Anarchie und damit zur Auflösung jeder Organisation führen muß. Das muß mit aller Deutlichkeit gesagt werden. Jeder, der es ehrlich mit der deutschen Beamtenschaft meint, hat Ursache, beratige Strömungen schon im Keim zu unterbinden, damit die freiheitliche Beamtenschaft vor großem Schaden bewahrt bleibt.“

## Klärung in der rumänischen Gewerkschaftsbewegung.

In Rumänien ist es auf dem Klausenburger Gewerkschaftskongress im September durch die Gegensätze mit den Kommunisten zu einer Spaltung gekommen. Die Eisen- und Metallarbeiter, Berg- und Hüttenarbeiter, Hafenarbeiter, graphischen Arbeiter, Bauarbeiter und Buchbinder haben sich der Amsterdamer, die Holzarbeiter, Lederarbeiter, Bekleidungsarbeiter und Beamten der Moskauer Richtung angeschlossen. Die Lebensmittelarbeiter werden sich wahrscheinlich auch nach Moskau orientieren. Verschiedene Lokalgruppen sind aus den Moskauer Zentralverbänden ausgetreten und haben sich der mit Amsterdamer in Verbindung stehenden Landeszentrale angeschlossen.

Der Bundesvorstand des A. D. B. bezieht am Donnerstag sein neuerbautes Bureau aus, Inselstraße 6. — Das Korrespondenzblatt des Bundes erscheint von neuem ab in neuer Form als Gewerkschafts-Zeitung einmal wöchentlich. Die bisherige Betriebsräte-Zeitung wird mit dem neuen Blatt verbunden. Die Geschäfte des bisherigen Zentralarbeitssekretariats übernimmt die Rechtsabteilung des Bundesbüros.

Richtigstellung. In unserem Bericht über die Versammlung des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes heißt es u. a.: „Selbst der Oberbürgermeister erklärte den Schiedspruch als eine unumgängliche Notwendigkeit.“ Diese Fälschung beruht, wie Genosse Polenske richtig stellt, auf einem Mißverständnis des Berichterstatters. Der Oberbürgermeister hat nicht den Schiedspruch, sondern die vom Reich vorgeschriebene Gehalts- und Lohnregelung als unumgänglich erklärt.

Die landwirtschaftliche Krankenversicherung bildet den Gegenstand von Verhandlungen am 10. Dezember im Reichsarbeitsministerium mit den beteiligten Spitzenverbänden. Zur Erleichterung und Vereinfachung der Schlichterarbeiten in der landwirtschaftlichen Krankenversicherung wurden bestimmte Vorschläge gemacht, die das Reichsarbeitsministerium zurzeit aufmerksam prüft. Bei der Ausprache wurden die Bestrebungen einzelner Landwirte, Gutbesitzer, Domänenpächter usw., den Beitragsstreit durchzuführen und milde Betriebskrankenkassen zu errichten, allgemein abgelehnt.

Das Uebereinkommen im Bergbau ist jetzt auch in Niederösterreich anerkannt. Zwei Vertreterverhandlungen der im Deutschen Bergarbeiterverband organisierten Bergleute in Waldenburg und Neurode billigten das Abkommen mit 29 gegen 3 bzw. mit 50 gegen 2 Stimmen.

Erfolgreicher Angelegenheitsstreik. Der Streik der Angeestellten des Handels und der gewischaftsgewerblichen Industrie in Görlitz ist nach einjähriger Dauer beendet worden. Die wesentlichen Forderungen der Angeestellten wurden erfüllt.

Deutscher Sozialarbeiterverband. Sämtliche Betriebskommissionen sowie Funktionäre der Roten Gruppe in Halle und Leipzig werden heute abend 7 Uhr zur Versammlung im Hotel „Nordischer Hof“, Sauerländerstr. 136, erscheinen. Tagesordnung: Reichstags.

A. D. B. Freierabend heute abend 7 Uhr bei Dummel, Sophienstr. 5. Zusammenkunft: Parteitag und Gewerkschaftsbund legitimiert. Der Verbandsauschuß.

W. F. Funktionäre (Weinlaubstr.) Versammlung heute abend 7 1/2 Uhr in den „Mutterküssen“, Sauerländerstr. 11. Stellungnahme zum Schiedsgericht des Reichsarbeitsministeriums.

Deutscher Holzarbeiterverband (Müllersbrennereiarbeiter). Montag, Mittwoch, nachmittags 3 Uhr: Funktionäerversammlung im Reichsberger Hof. Bericht von den Schwerebedingungen. — Für die gewerkschaftliche Brande sind

die Mitgliedsbesammlungen am demselben Tage zu derselben Zeit im Rhein-Saal halt.

Achtung! Zimmerer! Montag, Mittwoch, 19. Dezember, 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus (Saal 4): Arbeitslosenbesammlungen der Verbandslager des Groß-Berliner. Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorhand.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

7. Kreis (Charlottenburg). Morgen, Mittwoch, 19. Dezember, 7 1/2 Uhr: Kreis-funktionärsbesammlungen im Schiller-Kongresssaal, Schillerstr. 16. — Die Karten für die Parteitagungsverhandlungen sind sofort beim Generalsekretär, Reichshausstr. 19, abzuholen.

Heute, Dienstag, den 18. Dezember: Jungsozialisten: Gruppe Eichen, Friedrichshain und Tempelhofer Feld: 8 Uhr Juristische Sprechstunde, Lindenstr. 8. (Spricht Genosse Maxime Freund über „Die verfallene Glode“ von Gerhart Hauptmann. — Gruppe Tempelhofer-Markt: 7 1/2 Uhr im Jugendheim, Hasenp. Germaniastr. 45. Vortrag des Genossen Risch über „Fehdel der Mann, und seine Werte“. — Gruppe Weiskamer: 7 1/2 Uhr in der Weiskamer-Schule, Weiskamerstr. 3, Zimmer 3. Aussprache über „Gefahren und Erfolge“.

Morgen, Mittwoch, den 19. Dezember: 1. Abt. (Schulmeister). Nachmittags 4 Uhr: bei Dietrich, Eintrachtstr. 122. Mitgliederbesammlungen. Thema: „Die Politik der Partei“. Referent: Genosse Hillemann (M. d. L.).

2. Abt. Die Reichswehrbesammlungen der Arbeiter findet pünktlich 6 1/2 Uhr bei Dietrich, Schwebler Straße, statt. Pünktlich erscheinen!

3. Abt. 7 1/2 Uhr: Mitgliederbesammlungen und Schiedsgericht in der Gemeindefaule, Bergmannstr. 60. Vortrag des Genossen Kempner.

4. Abt. (Schwerhörigengruppe). 7 Uhr: bei Reimer, Kommandantenstr. 45. Versammlung. Tagesordnung: Antrag Schmidt: Auflösung des Gruppen-Schiedsgerichts dringend notwendig.

5. Abt. (Kesselfuß). 7 1/2 Uhr: Lokal Hans, Tempelhofer-Str. 75, Funktionärs-Sammlung und Aussprache.

6. Abt. (Rei- / hof-Str.). Die Fortsetzung der Generalbesammlungen findet im hiesigen Saal erst nach Beendigung statt. Neuer Termin wird nach bekanntgeben.

7. Abt. (Wilmers). 7 Uhr: im Lokal von Wilhelm Schütz, Odenburger-Str. 6 (am Behnhof). Mitgliederbesammlungen. Thema: „Die letzten politischen Ereignisse“. Referent: Genosse Bräuer.

8. Abt. (Kreuzberg). 7 1/2 Uhr: Mitgliederbesammlungen in der Schule. Thema: „Die Politik der Sozialdemokratie“. Referent: Genosse Eduard Bernheim (M. d. L.).

Frauenveranstaltungen am Mittwoch, den 19. Dezember: 1. Abt. (Friedenau). 8 Uhr: Kallenstraße, Goltzstr. 12/13, Feststunde unter Mitwirkung der Arbeiterinnen.

2. Abt. (Kreuzberg). 7 1/2 Uhr: bei Frau, Berber- / de- / Kaiser-Wilhelm-Str. 12. Thema: „Sozialistische Frauen“. Referent: Genossin Wendenheim.

## Storbefehl der Groß-Berliner Partei-Organisation

19. Abt. Am Sonnabend verstarb unser alter Parteigenosse Willi R. in der 19. Bezirksgemeinde, nachmittags 2 Uhr, von der neuen Halle des Südbahnhofes in Weiskamer aus.

20. Abt. Unser Genosse Hermann Siebig ist am 13. Dezember gestorben. Einbestattung: heute, Dienstag, nachmittags 5 1/2 Uhr, im Krematorium Baumhuldenweg.

## Jugendveranstaltungen.

Achtung! Abteilungsleiter! Die Beitragsarbeiten für die 2. Hälfte des Monats Dezember müssen morgen, Mittwoch, unbedingt abgeholt werden. Der Preis beträgt für Mitglieder bis 15 Jahren 50, 15-17 Jahren 100 und über 17 Jahren 150 Mark. Arbeitslose Genossen über 17 Jahre zahlen den ermäßigten Beitrag von 100 Mark. Einmal muß die „Internationale“ für Dezember zum Preise von 15 G. M. und die „Arbeiter-Jugend“ zum Preise von 10 G. M. abgeholt werden.

Heute, Dienstag, den 18. Dezember, abends 7 1/2 Uhr: Nachhals: Lokal von Rudolf, Sauerstr. 11. Vortrag: „Berliner Sommer“. — Marienfeld: Dorfstraße, 11. Vortrag: „Licht“. — Weiskamer: 7 1/2 Uhr: Mitgliederbesammlungen. Thema: „Die politische Lage“. — Kreuzberg: 7 1/2 Uhr: Mitgliederbesammlungen. Thema: „Die politische Lage“. — Weiskamer: 7 1/2 Uhr: Mitgliederbesammlungen. Thema: „Die politische Lage“.

21. Abt. (Friedenau). 8 Uhr: Kallenstraße, Goltzstr. 12/13, Feststunde unter Mitwirkung der Arbeiterinnen.

22. Abt. (Kreuzberg). 7 1/2 Uhr: bei Frau, Berber- / de- / Kaiser-Wilhelm-Str. 12. Thema: „Sozialistische Frauen“. Referent: Genossin Wendenheim.

## Arbeiter-sport. Arbeiter-segler!

Von vielen Arbeitersportlern wird der Segelsport meist noch als „feudal“ angesehen. Sie lassen sich täuschen und glauben, ein Holz dahingehendes Segelboot kann nie Eigentum eines Proletariats, oder der Segler, der es steuert, kann nie ein Gefinnungsgenosse sein. Der Berliner Segler-Verband, gegründet 1901, vereinigt neun Berliner Arbeitersportvereine unter seinem Banner (ein roter Ball im weißen Felde), deren ältester der 1881 gegründete Segelclub Fraternitas ist, der allein schon circa 160 Mitglieder mit über 80 Segelbooten vereint. Er hat sich zur Aufgabe gemacht, alle die Segler, die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehen, aufzurufen, und in einer über ganz Deutschland reichenden Organisation zusammenzuschließen, um durch Austausch und Verwertung von Erfahrungen, Anleitung für den Arbeitersport usw. den in seiner Art von den anderen Sportarten so grundverschiedenen Arbeitersport zu heben und zu fräftigen sowie als spezielle Seglerorganisation den Kontakt mit der Zentrale der Arbeitersportbewegung herzustellen. Das wäre fürs erste der Zweck des Zusammenschlusses der freien Segler, nicht zuletzt die Rostigung der Arbeitersportler von den bürgerlichen Vereinen.

Alle freigeistigen Segler werden dringend ersucht, ihre Adresse an die Geschäftsstelle des Berliner Segler-Verbandes E. Tscharsky, Rastkolln, Treptower Str. 12/11, gelangen zu lassen.

Ausstellungsampeln zum Gilderingkamp Wien-Berlin. Heute abend 7 1/2 Uhr finden in der Turnhalle, Weiskamerstr. 135, die Ausstellungsampeln für den Gilderingkamp Wien-Berlin zwischen den Vereinen „Luzik 1902“ und „Siegfried 1909“ in Wien, Wien, Licht- und Mittelschicht statt. Die namhaftesten Ringer beider Vereine, u. a. die beiden Internationals W. Paul (Siegfried 1909) und der Sieger der Wienkampen, Ernst Weich (Luzik 1902), nehmen an den Rämpfen teil. Der Gilderingkamp selbst findet am Freitag, den 19. Dezember, im „Gaulhaus Friedrichshain“ statt.

Gilderingkamp Weiskamer-Berlin. Der Rostportretten „Walter“ (Weiskamer) tritt am Dienstag, 19. Dezember, nachmittags 5 Uhr mit seiner besten Mannschaft gegen Sportklub „Luzik 1902“ im Ringen an. Die Rämpel umfassen alle Gewichtsklassen und finden am Treptower Post 21 statt.

Reise Turnerschaft Groß-Berlin. Heute, Dienstag, 7 Uhr Sitzung des Engeren Ausschusses der Turnerschaft im Rahl. O. 112, Weiskamerstr. 135. — Morgen, Mittwoch, 7 Uhr Turnerschaft: Niederweiskamer.

Arbeiter-Bundesbund „Kaiserreich“ (Berlin-Nord). Der am Donnerstag, 19. Dezember, ausgefallene Lichtbildvortrag findet nunmehr am Donnerstag, 17. Januar, in der Schinkel- / Weiskamer, Gormer- / Oden-Str. 26/28 (Ecke Tunderstraße) statt. Die geliehenen Einlogkarten bleiben gültig.

## Sport.

Die Meisterschaftsrennen in „Wien-Berlin“ können nach wie vor einen guten Verlauf nehmen. Als am Sonntag Krenn, Schwab und Seidler zum 2-Kilometer-Rennen antraten, war kein Wind mehr zu haben. Der alte Weltmeister bewies durch einen erneuten Sieg, daß er der jungen Klasse immer noch ebenbürtig ist. Man darf deshalb gespannt sein, wie Krenn beim „Großen Weiskamerpreis“ abschneiden wird. Ein guter Platz ist ihm zu gönnen, besser noch der vollste Sieg. Schwab hat sich sehr verbessert und konnte in einem 2-Kilometer-Rennen Witting auf den zweiten Platz verweisen. Lewanow, der nach Sieger wurde, war allerdings nicht zu schlagen. Gahn, der im „Großen Weiskamerpreis“ noch weit zurückliegt, konnte zum erstenmal einen Lauf gewinnen und dabei sogar Saldow schlagen. Dritter wurde Galle, der seine Extra-Läufe doch nicht ganz gewinnen zu sein scheint. Ein Rüstlingsrennen holte sich Saldow, der Romanow und Gahn hinter sich ließ.

## Achtung! Freigewerkschaftliche Betriebsräte! Gewerkschaftsfunktionäre!

Wir machen erneut darauf aufmerksam, daß nach der Verordnung vom 30. Oktober 1923 (Reichsgesetzblatt Nr. 111, S. 1043) die neuen Arbeitsgerichte am 1. Januar 1924 in Kraft treten. Wir betonen auf unsere Veröffentlichung in Nr. 529 des „Vorwärts“ vom 9. November 1923 (Abendausgabe).

Nach dieser Verordnung ist besonders zu beachten, daß die Verfahren nach Artikel I (Gesamt- und Tarifstreitigkeiten) automatisch in dem Zustand, in dem sie sich befinden, an die Schlichter und Schlichtungsausschüsse übergehen, während die Verfahren nach Artikel II (Einzelstreitigkeiten), das sind Streitigkeiten auf Grund der §§ 89 Absatz 1, 41, 43, 44 Absatz 1 und 4, Satz 2, § 2 Absatz 1, 53, 58 Absatz 2, 80, 80 Absatz 2, 82-90, 93, 97 und 98 des Betriebsrätegesetzes, § 8, 18 und 19 der Landarbeitersordnung vom 24. Januar 1910 und § 99 des Reichsversorgungsgesetzes vom 30. Juni 1923, die noch nicht abgeschlossen sind, innerhalb 14 Tagen als neues Verfahren bei den Arbeitsgerichten anhängig zu machen sind.

Mit dem 1. Januar 1924 treten folgende Bestimmungen außer Kraft: Die §§ 15-30 der Tarifverordnung vom 29. Dezember 1918 § 82/74, 82 Absatz 2 Nr. 6 des Gewerbeurteilgesetzes vom 29. 9. 1901 und § 17 des Kaufmannsgerichtsgesetzes vom 6. Juli 1904, die §§ 22-23 der Verordnung vom 12. 2. 20, die Ziffer 2 des § 104 B. G. B.

Die auf Grund des § 81a Nr. 2 der Gewerbeordnung errichteten Einigungsämter von Innungen (Innungsschiedsgerichte) werden aufgehoben.

Wir bitten die Funktionäre, unbedingt den vierzehntägigen Termin inne zu halten, um die Arbeitnehmerschaft vor Schaden zu bewahren.

Die Gewerkschafts- und Betriebsräte-Zentrale für den Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin. J. A. Hilbesheim.

## Verteidiger der Disziplinslosigkeit.

Von Mitgliedern des Deutschen Verkehrsverbundes wird uns geschrieben:

„Ein Vertreter der „Allgemeinen Deutschen Postgewerkschaft“ hat nach seinen eigenen Angaben vor der Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz „im Namen seiner Organisation“ den Genossen Wilhelm Hoffmann (Schwarzgendorfer) gebeten, ohne Rücksicht auf fraktionelle Beschlüsse gegen das Gesetz zu stimmen. Derselbe Vertreter der A. D. B. hat als Delegierter auf der Bezirksbeamtensitzung der B. S. D. im Namen seiner Organisation dieses disziplinslose Verhalten verteidigt und durch einen Antrag die Sanktion des Beamtentages eingeholt.“

In der am letzten Sonntag vom Allgemeinen Deutschen Beamtentag einberufenen Protestversammlung im Lehrervereinshaus fanden es wiederum Vorstandsmitglieder der Allgemeinen Deutschen Postgewerkschaft für angebracht, durch eine Entschließung dem Genossen Wilhelm Hoffmann das Vertrauen dafür auszusprechen, daß er als „einzigster Beamtensprecher“ den Mut fand, die Disziplin zu brechen und gegen das Gesetz zu stimmen.

Dieses Vorgehen von Vorstandsmitgliedern einer gewerkschaftlichen Organisation, die dem A. D. B. angeschlossen ist, muß schließliche Wirkungen auslösen, die nicht im Interesse der freiheitlichen Beamtenschaft liegen. Freiheit bedeutet nicht Disziplinslosigkeit, und eine Organisation, die sich in ihrer Mehrheit zum Verteidiger eines solchen und disziplinierten Verhaltens aufwirft, verneint damit ihre eigene Daseinsberechtigung. Organisation bedeutet Zusammenhalt Gleichgesinnter, die sich freiwillig einordnen und die auch nach den von der Mehrheit der Organisierten festgelegten Gesetzen bereit sind, sich unterzuordnen. Wer das nicht kann oder will, muß als „Eingänger“ seine eigenen Wege wandeln. Selbstverständlich haben Mitglieder das Recht, ihre Auffassungen zu verteidigen, wie es sich unter Gefinnungsgenossen geziemt, damit sie, wenn ihre Meinungen durchdringen, Mehrheiten werden können. Dieser Meinungskampf muß sich aber innerhalb der Organisationen vollziehen. Dem Gegner gegenüber muß stets die ge-



Straßenbahnschmerzen.

Wie schmelzen die Klagen über die Straßenbahn. Die Fahrgäste sind unzufrieden und schimpfen. Sie haben natürlich immer recht. Die Verwaltung kann froh sein, daß sie nicht alle Schmelzeleien hört, die ihr zugehört sind. Aber einiges erfährt sie doch. Sie prüft gewissenhaft, verbessert, soweit es sich ermöglichen läßt, den Verkehr und untersucht auch, wie sich die Beförderung der Fahrgäste abspielt. Mit einem Male findet sie auch an den Fahrgästen allerlei auszusetzen. Zweifellos hat sie auch recht, denn — sie schimpft nicht, sondern wendet sich freundschaftlich mahnend an die Defizienten und versucht, den guten Willen der Fahrgäste wachzurufen, indem sie einige Ursachen mancher Mißstimmung aufdeckt.

Wenn der Fahrgast an der Haltestelle einen Wagen kommen sieht, den er benutzen kann, sagt er sich: Da mußt du mit, und wenn der Wagen auch befehlt ist, einer kommt immer noch heraus. Doch aber hinterher in Sichtweite ein Zug mit dem gleichen Fahrziele kommt, den er auch benutzen kann, beachtet er nicht. Alles stürzt auf den ersten kommenden Wagen, bis er zum Bersten voll ist. Was ist die Folge davon? Der überfüllte Wagen hält den ganzen Verkehr auf, weil an den Haltestellen eine lange Zeit verstreicht, bis die absteigenden und aufsteigenden Fahrgäste sich heraus und herein gepreßt haben. Der nachfolgende Zug ist dann gewöhnlich nur schwach besetzt. Weiter geht der Straßenbahn viel Geld verloren, weil der Schaffner nicht in der Lage ist, allen Fahrgästen einen Fahrchein zu verabsorgen, wobei allerdings auch nicht verschwiegen werden darf, daß verschiedenen Fahrgästen das nicht weiter unangenehm ist. Wenn man glaubt, daß in den besetzten Wagen die Fahrgäste ihrerseits dem Schaffner das Abfertigungsgeschäft erleichtern würden, dann ist man im Irrtum. In dem vollbesetzten Wagen finden sich zahlreiche Leute, die sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen wollen, möglichst großes Geld zu geben, um Kleingeld zu erhalten, oder solche, die es für zweckmäßig halten, sich gründlich vom Kleingeld zu befreien und ihre Tasche dadurch zu erleichtern. Wenn also das Publikum nicht einsichtig ist und sich nicht bemüht, die Straßenbahn zu unterstützen, dadurch, daß die Fahrgäste ruhig einmal einen besetzten Wagen vorüberfahren lassen und den nächsten abwarten, der in den meisten Fällen noch genügend Platz bietet, und weiter dem Schaffner durch Bereitstellen von abgezähltem Fahrgeid sein in Zeiten starken Verkehrs schweres Arbeiten dadurch einigermaßen erleichtert, da nahezu alle Anstrengungen der Straßenbahn nichts. Es wird dann immer wieder eintreten, daß in der Defizienten überfüllung der Wagen liegt, wenn auch noch so viele Betriebsmittel auf die Straßen gebracht werden, durch die der normal sich abwickelnde Verkehr glatt bewältigt werden kann.

Um den starken Verkehr der Weihnachtszeit zu bewältigen, hat die Straßenbahn in den letzten Tagen erhebliche Betriebsveränderungen vorgenommen, zum Teil werden weitere Verstärkungen in den nächsten Tagen folgen. Eine Reihe von Linien, die bisher ohne Anhänger waren, sind mit Beiwagen zu den Hauptverkehrszeiten versehen worden, und es wurden außer den bereits verkehrenden Einschlägen auf stark benutzten Linien weitere Einschläge eingelegt. Nur einige wesentliche Veränderungen seien hier angedeutet: Auf Ring 1 ist nachmittags der Zugabstand auf 6 1/2 Minuten herabgesetzt worden, auf Ring 3 wird er nachmittags auf 10 Minuten vergrößert. Weiter ist die Linie 54 mit Anhängern versehen worden. Eine Einschläge 57 E wird ab Montag nachmittags zwischen Ringbahnhof Schönhauser Allee und Anhalter Bahnhof verkehren. Die Linie 69 E wird vom 18. ab bis zum Leipziger Platz verlängert. Die Linie 91 fährt während der Hauptverkehrsstunden mit Beiwagen. Auf der Linie 99 besteht ein Bier-Minuten-Verkehr, sämtliche Einschläge werden bis Behrenstraße durchgeführt, ebenso ist auf den Linien 47, 74 und 76 der Abstand bis auf 5 Minuten verkleinert.

Eine Frage an den Herrn Reichspostminister.

Der Postgeldverkehr ist jetzt wertbeständig gestaltet worden. Neben der Rentenmark ist auch die Papiermark noch gesetzliches Zahlungsmittel. Die Post weigert sich jedoch, Papiermark auf Postkonten und auf Postanweisung in Zahlung zu nehmen. Sie zwingt ihre Kunden, langwierige Wege zu machen, um ihre Papiermark in Rentenmark umzuwechseln. Wäre es nicht einfacher, wenn die Post die Papiermark nach dem Tageskurs umrechnete und dann ihrerseits diese Summen bei der Rentenbank wechselte?

Copyright Georg Müller, München.

Die Lofoffischer.

Roman von Johan Bojer.

Eine Stimme in ihm sagte mitten in seiner eifrigen Arbeit: „Was nützte es einem Menschen, so er die ganze Welt gewönne?“ Ja, ja, das stimmte schon. Und er gelobte sich, wenn es mit Elezeus bis morgen nicht besser werde, mit ihm nach Kabelevoag zu fahren.

Heute waren die Boote ruhiger geworden. Der Dampfer des Kommandanten lag immer noch da, und mehrere Aufschwäbische waren im Fjord verankert. Es herrschte wieder Recht und Geseh auf See, und das gab Ruhe.

In diesem Tage wollte der Kommandant versuchen, aus der Tiefe einiges von all den Gerätschaften zu retten, die die Fischer verloren hatten.

Er stand selber auf der Kommandobrücke des Dampfers, als der Anker in die Tiefe sank. Die Kette war lang, sie rasselte, schließlich ging er auf Grund. Der Dampfer ließ die Schraube arbeiten, so daß der Anker am Grunde entlanggleiten und Schnüre und Rege auffangen konnte. Rings um den Dampfer wimmelte es von Booten, und Tausende von Fischern starrten gespannt hinüber, wie dies wohl gehen werde. Vermochte der große Kommandant etwas von all den Gerätschaften zu retten, die sie verloren hatten, so war er ein noch tüchtigerer Mann, als sie geglaubt hatten.

Und nun wurde die Winde in Bewegung gesetzt, um die Kette wieder hochzuziehen. Sie schien schwer zu sein, denn die Winde kreischte. Es mußte mehr Dampf gegeben werden, sonst drohte sie stillzustehen. Der Dampfer neigte sich. Die Ankerwinde lag so ganz vorn auf dem Vorderdeck, und nun begann er auch gleichsam die Nase ins Wasser zu stecken. Es schien ein gehöriges Gewicht zu haben. Die Kette kreischte und jammerte. Die Winde ströhnte. Der Dampf lauchte. Die Winde drehte sich langsamer und immer langsamer, das Schiff sank immer mehr nach vorn, — ja, es wurde schwerer hinabgezogen, aber nun — nun kam etwas Neues hinzu, eine neue Last, denn jetzt stand die Winde still. Der Dampfer blieb so liegen, den Vordersteden tief hinuntergeneigt. Mehr Dampf. Der Kommandant stand ruhig mit zusammengekniffenem Gesicht da. Die Mannschaften lagen hin und her und riefen dies und jenes. Jetzt dreht die Winde sich wieder. Und alle ringsumher sehen zu, merken, daß etwas Schweres sich aus der

Sie richten an den Herrn Reichspostminister die Anfrage, ob er bereit ist, dafür zu sorgen, daß die Papiermark auch im Postzahlungsverkehr als gesetzliches Zahlungsmittel anerkannt wird, daß sie ja doch wohl noch sein soll.

Vertagung im Mordprozeß Loewinsohn.

Untersuchung des Angeklagten auf seinen Geisteszustand.

Im weiteren Verlauf seiner Vernehmung schilderte der Angeklagte die Vorgänge des Mordtages wie folgt: „Herr Förster (der Besitzer des Kohlenplatzes) war Anfang des Monats verreist. Seitdem konnte ich Frau Förster nichts recht machen, sie kontrollierte mich auf Schritt und Tritt. Am 10. Juli hatte ich 12 1/2 Kilo Eisen verkauft, aber dem Kunden, den ich kannte, nur 12 Kilo berechnet. Ich änderte die Ziffer auf dem Zettel, es handelte sich um 900 M. Als Frau Förster das sah, schrie sie, ich wollte sie betrügen. Ich antwortete, das Geld sei doch in der Kasse. Sie zählte nach und es stimmte. Nun kündigte sie mir. Ich hielt ihr vor, daß ich doch immer ehrlich und fleißig gearbeitet hätte. Darauf wurde sie auch ruhiger. Am anderen Abend fragte ich Frau Förster, wie es mit der Entlassung sei und sie antwortete, sie wolle ihrem Mann schreiben. Darüber war ich sehr froh. Am nächsten Morgen war Frau Förster auf dem Platz. Ich sprach mit ihr geschäftlich, dachte, es wäre alles wieder gut und fragte sie nochmals, wie es mit meiner Entlassung stehe, worauf sie erklärte, daß sie ihrem Mann geschrieben habe. Da merkte ich, wie es mir heiß über den Rücken lief. Das Blut stieg mir zu Kopf und ich sagte: Frau Förster, ich habe für Sie eine kleine Ueberraschung. Sie drehte sich darauf um und ging in die Bude. Ich ging ihr nach und — Herr Präsident — ich weiß nicht, was mit mir geschah, ergriff ein Beil und schlug auf sie los.“ — Landgerichtsdirektor Dr. Steinhaus befragte den Angeklagten dann weiterhin eingehend über die Vorgänge bei dem Ueberschlag auf das Dienstmädchen Charlotte Dobrunz. Der Angeklagte erklärte: „Ich habe nur den einen Gedanken gehabt: Wie bekomme ich den Brief in die Hände? Deshalb ging ich in die Wohnung und legte, ich sollte die Schlüßel holen. Das Mädchen ging in das Schlafzimmer und ich folgte ihr. Dabei griff sie mich wieder höhnisch an. Da packte mich die Wut von neuem; ich packte sie am Hals und würgte sie.“ Hierauf wird der Zeuge Förster, der Ehemann der Ermordeten, ausgerufen. Zeuge: „Dieser Kerl da (auf den Angeklagten zeigend) verstand es, sich bei mir beliebt zu machen, so daß er mein Vertrauen gewann. Er war ganz geschäftstüchtig. Aber ein reeller Geschäftsmann war er nicht. Er hatte eine kolossale Ueberlegung und Ruhe und geriet niemals in Wut. Alles, was er hier vorbringt, ist Theater und Schauspielerlei.“ Vorfragender: „Ihre Frau soll sehr böhsch zu ihm gewesen sein.“ Zeuge: „Im Gegenteil, sie war zu gut zu ihm.“ Vorfragender: „Es stimmt dann also auch nicht, daß Ihre Frau Sie gegen ihn aufgehetzt hat?“ Zeuge: „Im Gegenteil. Er hat auch in der Wohnung alle Behälter nach Geld durchsucht, weil er wußte, daß ich Geld im Hause hatte, aber er hat die Stelle, wo das Geld lag, nicht gefunden.“ Vorfragender: „Sie sind ein Glaubensgenosse des Angeklagten?“ Zeuge: „Ja.“ — Geh. Med.-Rat Dr. Hofmann: „Ich glaube, daß die Voraussetzungen des § 51 nicht gegeben sind, aber die Anklage lautet auf Ueberlegung und diese kann bestrafbar sein durch Krankheit. Es ist möglich, daß epileptische Anfälle misprechen und das würde die Ueberlegung beeinträchtigen. Deshalb stelle ich aus § 81 den Antrag, den Angeklagten auf seinen Geisteszustand in einer Irrenanstalt untersuchen zu lassen.“ Gerichtspräsident Dr. Hirsch hat den Angeklagten zwar bei der Untersuchung im Gefängnis für geistig zurechnungsfähig erklärt, schließt sich aber auch dem Antrag auf Untersuchung an. Oberstaatsanwalt Teisloff spricht kein Ersträumen aus, daß all diese Dinge erst heute vorgebracht werden. Er als Solche habe den Eindruck, daß kein Grund vorliege, den Angeklagten nochmals zu untersuchen, nachdem Dr. Hirsch begutachtet habe, daß kein Zweifel an der Zurechnungsfähigkeit bestehe. Auch Prof. Dr. Strauch erklärt schließlich noch, sich nach den vorgebrachten Momenten dem Antrag aus § 81 anzuschließen. Das Gericht beschloß darauf, die Verhandlung zu vertagen und den Angeklagten zur Vorbereitung eines Gutachtens auf sechs Wochen einer öffentlichen Irrenanstalt zu überweisen, damit festgestellt werde, ob Anhaltspunkte für das Vorhandensein einer Epilepsie gegeben sind.

Ein juristischer Mitarbeiter schreibt uns dazu: Wie bei dem vor einigen Tagen verlegten Prozeß gegen Weich, der wegen Ermordung der Pletzig angeklagt war, so entsteht auch in diesem Falle

die Frage, ob es wirklich nicht möglich war, die Untersuchung des Geisteszustandes des Angeklagten noch im Stadium der Voruntersuchung durchzuführen. Das psychiatrische Tatfahnenmaterial, das in beiden Fällen zur Verurteilung geführt hat, hätte ohne weiteres den Sachverständigen zur Verfügung gestanden, wenn im ersten Falle überhaupt einer hinzugezogen worden wäre, und im zweiten der Gerichtsarzt es verstanden hätte, von dem Angeklagten und von seinen Verwandten das Nötige herauszuholen. Gerade im gegebenen Augenblick, wo die Parlamentarier „Sparlamkeiterrückichten“ (wer weiß, ob nur aus diesen Gründen!) abgebaut werden soll, wäre es um so angebrachter, daß die Untersuchungsrichter den ihnen gestellten Aufgaben die größte Sorgfalt entgegenbringen. Der kostspielige Apparat von Richtern, Geschworenen, Sachverständigen und Zeugen brauchte dann nicht zweimal im Gerichtsaal zu erscheinen; einmal um einer Vertagung beizumohnen und das andere Mal, um an der Gerichtsverhandlung teilzunehmen. Daß in diesen beiden Fällen der Psychiater nicht schon früher zugezogen wurde, muß um so größere Verwunderung hervorrufen, als sogar den Laien ohne weiteres klar sein mußte, daß im Falle der Ermordung der Pletzig, das Bewußtliche der Tat mit seinen jeweiligen Neben Umständen, die Krankhaftigkeit des Täters vermuten ließen, und daß im Falle der Ermordung der Frau Förster die Gefährlichkeit des Motivs und die Verantwortlichkeit des Täters in so trockenem Widerspruch zur Tat selbst standen, daß eine Untersuchung des Geisteszustandes erforderlich erschien.

Der Uebergang zur Schule.

Der Reichstag hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, die Reichsregierung zu ersuchen, in den Ländern, in denen die Durchführung der vierjährigen Grundschulen zu Ostern 1924 Schwierigkeiten bereiten würde, dafür Sorge zu tragen, daß die Kinder und reifen Kinder ausnahmsweise nach drei Schuljahren schon der Eintritt in die unterste Klasse der höheren Schule ermöglicht wird, aber unter der Bedingung, daß ohne diese Schüler die Aufrechterhaltung der öffentlichen Schule unmöglich wird.

Unvernünftige, die der vierjährigen Grundschule mit Abneigung gegenüberstehen, haben in diesem Beschluß eine ihnen genehme Umgehung des Grundschulgesetzes gesehen. Demgegenüber muß betont werden, daß diese Ausnahme nur für solche Fälle vorgesehen ist, in denen Schulen nur eine unterste Klasse haben und daher bei einer nicht genügenden Füllung dieser Klasse für die folgenden Jahre der Bestand der Schule gefährdet wird. Das kommt natürlich für Berlin, das durchschnittlich zwei und mehr Anfängerklassen hat, überhaupt nicht in Frage, sondern nur vorübergehend für kleinere und kleinere Städte. Ferner wird ausdrücklich eine dreijährige Schulzeit als Bedingung gemacht und damit alle Familienziele und privaten Schulen von dieser Vergünstigung ausgeschlossen. Schulbehörden und Schulverwaltungen werden streng darauf zu achten haben, daß mit dieser Ausnahme kein Mißbrauch getrieben wird.

Der zweite Landsberger Raubmörder verhaftet.

Von ihrem Reiten und seinem Freunde ermordet und beraubt wurde am 19. v. M. eine Witwe Auguste Hohdorf in ihrer Wohnung zu Landsberg a. d. B. Die jugendlichen Verbrecher, die von der alten Frau viel Gutes gehabt hatten, packten ihre Beute in zwei Koffer und fuhren nach Berlin, wo sie ihnen aber bald von Gaunern abgenommen wurde. Der Neffe der Ermordeten, ein 15-jähriger Vödel Walter Schwanndt und ein ebenfalls alter Vödel Walter Steinbock fuhren mit dem Rest ihres Geldes nach Neubrandenburg, trieben sich eine Zeitlang auf dem Lande umher und wanderten endlich von Oranienburg aus nach Berlin zurück. Steinbock kam hier auch an und wurde vor einigen Tagen bei einer Kassa im Uhl in der Froböhlstraße festgenommen. Schwanndt blieb unterwegs fuhrank liegen, in der Absicht nach Berlin nachzukommen. Jetzt tauchte er in Potsdam als Bettler auf und wurde auf Grund der verbreiteten Behauptung von einem Polizeibeamten erkannt und festgenommen.

Eisenbahnfahrkarten zur Weihnachtszeit. Anlässlich des bevorstehenden Weihnachts- und Neujahrsfestes gehen die vom Sonnabend, den 22. d. M. mittags ab gelösten Sonntagseisenfahrkarten bis zum Mittwoch, den 26. d. M. und die vom Sonnabend, den 29. d. M. mittags ab gelösten bis zum 1. Januar 1924.

Tiefe emporhebt, — es ist, als schmelze der Fjord um sie her. Blasen steigen zur Oberfläche empor. Es ist, als müsse jeden Augenblick ein Walfsich auftauchen. Aber wieder droht die Winde stillzustehen. Sie zieht und zieht, aber im nächsten Augenblick kann sie nicht mehr. Gut, mehr Dampf! Und endlich bewegt sie sich wieder, aber langsam, überlastet, jeden Augenblick kann sie nachgeben oder zerbrechen. Neue Blasen. Jetzt hebt die See sich. Was wird jetzt kommen? Es muß etwas Lebendiges sein.

Da — da ist der Unterring. Und unten im Wasser sehen sie die Haken und die halten den Gipfel eines kleinen Berges, der lebendig ist; es sind allerhand Geräte mit Fischen daran. Es wird höher und immer höher hinaufgezogen. Jetzt sieht man einen riesengroßen Klumpen von Schnüren und Rege, die ineinander verstrickt sind und sich überallhin verzweigen. Und fische, fische, lebende und tote, eine Unmenge, eine Last von Fischen. Hundert, viele Hundert Kabelevoag, und innen im Klumpen blinkt es, und das sind Heringe.

Und was ist das für ein großer, hellgrauer Körper, der so zappelt? Das ist ein Delphin, der sich in den Rege verwickelt hat. Er macht wilde Säge, um sich loszureißen. Die Winde dreht sich gerade noch so viel, daß man die Bewegung sieht. Aller Augen auf den Booten sind weit aufgerissen, als seien sie Zeugen, wie das Meer etwas von seinen Geheimnissen wieder herausgibt.

Da reißt die Kette. Der Dampfer hebt sich wie mit einem Seufzer der Befreiung, und alle Gerätschaften und alle Fische sinken mit einem Glucksen wieder in die See hinunter und verschwinden in der Tiefe. Zurück bleiben eine Menge Kreise und Blasen an der Oberfläche.

Der Kommandant steht ruhig da, mit noch verkniffenerem Gesicht. Er nimmt das Sprachrohr an den Mund und seine Stimme klingt über die Boote hin. „Berliert den Mut nicht! Des nächste Mal nehmen wir eine stärkere Kette und einen größeren Dampfer!“

Die Fischer starrten noch immer hinüber, als könnten sie das, was sie mit ansehen hatten, nicht recht glauben.

Es war übrigens klar, daß es so hatte gehen müssen. Ein Kommandant ist schließlich auch nur ein Mensch.

25.

Als Kristaver am Abend die Fische an das Handelsfahrzeug abgeliefert hatte fragte er den Schiffer, ob er gegen hohe Bezahlung einen Kranken mitnehmen wolle nach dem Krankenhaus in Kabelevoag.

Aber der Schiffer mußte zurück nach Kalesund. Und ob Kristaver denn glaube, jetzt sei Zeit, Kranke zu transportieren? Nein, nein. Er legte bei mehreren Handelsfahrzeugen an, aber hochgelächert beantwortete seine Frage. Einen Kranken! Sie waren bald alle krank, so wie sie Tag und Nacht darbtin und arbeiteten, und übrigens hatte wohl in solchen Zeiten jeder mit sich selbst genug zu tun. „Ihr müßt schon für euren Kranken selber sorgen, Freunde!“

Es war stilles Frostwetter an diesem Abend, als sie in der Plankenhülle saßen und aßen. Draußen auf dem Felsen hatten sie frische Fische gekocht, denn jetzt hatten sie ja Holz bekommen. Und an beiden Ufern flammten die Feuer der Mannschaften, die endlich gekochtes Essen bekamen.

Ein Lichtstump brannte in einem Flaschenholz, und die Männer wurden schließlich so, wogten aber fast kein Wort zu sprechen. Sie begriffen, daß Elezeus Lungenentzündung habe, und jetzt stand es so schlecht mit ihm, daß sie sich vor der Nacht fürchteten. Er war ihr Nachbar daheim in ihren armen Verhältnissen, und hier war er ihr Kamerad.

Lars sammelte nach der Mahlzeit lauklos die Tassen zusammen. Die Männer blieben auf Bänken oder Kisten sitzen. Kristaver hatte gesagt, wenn es morgen früh nicht anders siehe, so müßten sie aufstehen und mit Elezeus nach Kabelevoag fahren.

Die anderen sagten nichts. Sie waren gesättigt von dem warmen Fisch, die Augen wollten ihnen zufallen, sie hätten sich gern hingelegt und ausgeruht, geschlafen, aber ein paar Schritte von ihnen lag der Kamerad, in Felldecken eingewickelt, und sprach im Fieber. Das rückte sie immer wieder wach, so daß ihre Augen weit offenstanden. Elezeus schall auf die Frau, und dann wieder lachte und scherzte er mit ihr. Einen Augenblick war er böse, im nächsten aber ganz unvergleichlich gut und müde.

Unter der Felldecke sahen seine Wasserstiefel hervor. Sie waren vermutlich steifgefroren, vielleicht waren die Füße nah, aber es würde den fieberkranken Mann doch zu sehr beunruhigen, wollte man ihm die schweren Stiefel ausziehen.

Die kleine Tür wurde geöffnet, weißer Frostnebel drang herein. Per Suzansa trat in voller Seerausrüstung, in Südwester und grohen Fausthandschuhen ein. Um Hals und Nacken hatte er noch immer den Verband, den der Doktor angelegt hatte, und darüber war ein breiter, roter Wollschal mehrmals herumgewickelt.

(Fortsetzung folgt.)



